Nummer 117 — 27. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchentl. mit den illustr. Gratisbeilagen „Die Welt" und „Für unsere kleinen Leute", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Aerztlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Filmrundschau". Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.

Hauptschriftleiter: Dr. G. Desczyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Donnerstag, den 24. Mai 1928

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1.30 ℳ. Offertengeb. 20 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.

Geschäftlicher Teil: Artur Lenz, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Polierstraße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 2703. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Polierstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Das Zentrum im Reichstag

Die neue Fraktion

In der nachstehenden Aufstellung sind die Namen der neu in den Reichstag Eintretenden gesperrt.

Wahlkreis Ostpreußen:

Landrat Hugo Neumann, Bischofsburg.

Wahlkreis Berlin:

Kaufmann Richard Schönborn, Berlin.

Wahlkreis Frankfurt-Oder (Grenzmark, Provinz Brandenburg und Teile Berlins):

Studienrat Warnke, Schneidemühl.

Wahlkreis Breslau:

1. Bundesgeschäftsführer Dr. Heinrich Brüning, Berlin. 2. Landwirtschaftsrat Dr. Ludwig Perlitius, Glatz.

Wahlkreis Liegnitz:

Pfarrer Heinrich Wilkens, Dittersbach, Kreis Sagan.

Wahlkreis Oppeln:

1. Prälat Carl Ulitzka, Ratibor. 2. Landesrat Franz Ehrhardt, Ratibor. 3. Landwirt Adalbert Beck, Oppersdorf bei Neisse. 4. Kaufmann Hartwig, Oppeln.

Wahlkreis Thüringen:

Reichskanzler Dr. Wilhelm Marx, Berlin.

Wahlkreis Weser-Ems und Hannover:

1. Reichsarbeitsminister Dr. Heinrich Brauns, Berlin. 2. Landwirt Dr. Johannes Drees, Ratbergen bei Osnabrück.

Wahlkreis Westfalen-Nord:

1. Landesökonomierat Carl Herold, Haus Lövelinkloe, Post Münster. 2. Ministerpräsident a. D. Adam Stegerwald, Berlin. 3. Universitätsprofessor Prälat Dr. Georg Schreiber, Münster, Westf. 4. Bauunternehmer und Präsident der Handwerkskammer Münster Bielefeld, Recklinghausen. 5. Landwirt Franz Bornefeld-Ettmann, Bornefeld, Post Wadersloh. 6. Arbeitersekretär Franz Riesener, Gladbeck.

Wahlkreis Westfalen-Süd:

1. Verbandsvorsitzender Heinrich Imbusch, Essen. 2. Landwirt Paul Schulz-Gahmen, Gahmen bei Lünen. 3. Beirat Johannes Becker, Berlin. 4. Frau Agnes Neuhaus, Dortmund. 5. Syndikus der Handwerkskammer Hans Rientimp, Bochum.

Wahlkreis Hessen-Nassau:

1. Universitätsprofessor Dr. Friedrich Dessauer, Frankfurt a. M. 2. Dr. August Crone-Münzebrock, Berlin. 3. Mittelschullehrer Albert Schwarz, Frankfurt a. M.

Wahlkreis Köln-Aachen:

1. Schriftleiter Josef Joos, M.Gladbach. 2. Lehrerin Christine Teusch, Köln. 3. Reichsminister a. D. Dr. Hermes, Berlin. 4. Genossenschaftsleiter Thomas Esser, Euskirchen. 5. Kaufmann Josef Sinn, Aachen. 6. Kaufmännischer Angestellter Otto Gerig, Köln.

Wahlkreis Koblenz-Trier:

1. Professor Prälat Dr. Ludwig Kaas, Trier. 2. Geh. Oberregierungsrat Theodor von Guérard, Koblenz. 3. Landwirt Mathias Reyses, Meckel, Kreis Bitburg. 4. Verbandsvorsitzender Peter Tremmel, Berlin. 5. Generalsekretär Peter Kerp, Köln.

Wahlkreis Düsseldorf-Ost:

1. Reichsminister a. D. Johannes Giesberts, Berlin. 2. Generaldirektor Peter Schlack, Köln. 3. Ministerialrat Helene Weber, Berlin.

Wahlkreis Düsseldorf-West:

1. Reichsminister a. D. Dr. Johannes Bell, Berlin. 2. Verbandsvorsitzender Franz Wieber, Duisburg. 3. Landwirt Johannes Blum, Krefeld. 4. Bäckermeister Rauheim, Essen. 5. Verbandsvorsitzender Fahrenbach, Düsseldorf.

Wahlkreis Württemberg:

1. Minister Eugen Bolz, Stuttgart. 2. Regierungsrat Josef Andre, Stuttgart. 3. Landwirt Franz Feilmayr, Ruital (Ellwangen).

Wahlkreis Baden:

1. Reichsfinanzminister Dr. Heinrich Köhler, Berlin. 2. Landwirt Carl Diez, Radolfzell. 3. Gewerkschaftssekretär Josef Ersing, Karlsruhe. 4. Dr. Föhr, Freiburg. 5. Landwirt Damm, Wagenschwend.

Wahlkreis Hessen-Darmstadt:

Rechtsanwalt Dr. Fritz Bockius, Mainz.

Reichsliste:

1. Reichskanzler a. D. Dr. Josef Wirth, Freiburg i. Br. 2. Industrieller Florian Klöckner, Lötttringhausen. 3. Oberlehrer Hermann Hofmann, Ludwigshafen. 4. Clemens Lammers, Berlin. 5. Regierungsdirektor Dr. Heß-Ahrweiler. 6. Ministerialrat August Wegmann, Oldenburg.

Parlamentsreform in Italien

(Von unserem Vertreter.)

R. v. F. **Rom**, 18. Mai.

Die letzten Wochen gehörten fraglos zu den innen- und kulturpolitisch interessantesten in der Geschichte des neuen Italien. Nachdem das Schlachtfeld der letzten entscheidenden Niederlage des italienischen Liberalismus in der denkwürdigen Senatssitzung vom 12. Mai, in der Mussolini seinen Plan der Umgestaltung der zweiten Kammer in eine Ständekammer mit faschistisch-politischem Einschlag durchsetzte, geräumt ist, treten die allgemeinen Linien und Wendepunkte des innerpolitischen Entwicklungsprozesses der letzten Jahre markanter hervor. In dem Widerstande der 46 Senatoren unter der Führung von Ciccotti, Ruffini und Albertini, dem einstigen Verleger des liberalen „Corriere della Sera", gegen die Beseitigung des politischen Repräsentativsystems nach der albertinischen Verfassung vom 4. März 1848, die zunächst nur für die zweite Kammer vorgesehen ist, aber wohl bald auch in irgendeiner Form auf den Senat übergreifen wird, kam noch einmal das politische Glaubensbekenntnis des vorfaschistischen Italien zum leidenschaftlichen Ausbruch. Nur in der Turiner „Stampa", in der wohl ganz im stillen das Geisteserbe Giolittis zu einem offenen Bekenntnis des Meinungszwiespaltes verpflichtete, konnte man einen Blick in die Schwere des Kampfes im Senat gewonnen. Allzu schnell suchte nachher der „Popolo d'Italia", die „Tribuna" und sich in faschistischer Gesinnungstüchtigkeit überbietende Blätter wie „Tevere" und „Impero" das Leichentum über die Oppositionsredner in der ersten Kammer zu breiten.

Gewiß war die Auslegung von Verfassungsartikeln, die Albertini gab, trotz ihrer juristischen Schärfe ein nüchterner Monolog, dem man vielleicht noch am ehesten in den dynastischen Kreisen zuhörte, der aber als Barriere gegen den Vorstoß Mussolinis und seiner vom faschistischen Syndikatsgedanken erfüllten Scharen zu schwach war. In den Kassandrarufen Ciccottis und Ruffinis war aber doch unbestreitbar ein gutes Stück der Bedenken enthalten, die in den meisten parlamentarischen Ländern heute gegen ein verfassungspolitisches Verfahren nach faschistischem Muster bestehen. Auch Ciccotti ging wie vor ihm Giolitti in der zweiten Kammer von dem Gedanken aus, daß jede Staatsverfassung einen Kern besitze, in dem sie nicht wandelbar sei, ohne daß das ganze politische Leben des Staates und Staatsvolkes grundstürzend sich ändere. Der Senator zählte dabei auf, welche Einschränkungen der Freiheit der Person, der Presse und des Vereinswesens in den letzten Jahren schon über Italien dahingegangen seien. Allein rage noch das Parlament — genauer gesagt der Senat — als unerobertе Festung selbständiger politischer Meinungs- und Willensbildung aus der steigenden Flut des Faschismus heraus. Für die politische Struktur des Landes sprach Ciccotti die sicherlich auch anderwärts anerkannte Idee aus, daß jede Regierung in ihrem eigenen Interesse im Parlament ein Gegengewicht finden müsse, wenn man nicht kritiklos auf der schiefen Ebene abrutschen wolle. Die Garantien einer solchen Kräftebalance vermißte der Senator in der vorgeschlagenen Wahlreform, da die zweite Kammer als korporative Repräsentation der wirtschaftlichen Verbände der Unternehmer und der Arbeitnehmer doch nur scheinbar eine berufsständische Vertretung ist. Bekanntlich wählt der faschistische Großrat von den 800 Kandidaten, die die Confederazioni der Unternehmer und die Syndicati der Arbeitnehmer ihm vorschlagen, 400 aus. Da aber der Große Rat des Faschismus selbst von Mussolini zusammengesetzt wird, bekommt die „Ständekammer" eine so ausgesprochen politisch-faschistische Färbung, daß auch nach einer kurzen, aber klaren Erklärung des „Osservatore Romano" vom 17. Mai von einer berufständischen Volksvertretung im christlichsozialen Sinne nicht die Rede sein kann.

Der liberale Senator Ciccotti suchte durch einen Querschnitt das gesamte politische Gefüge des Faschismus bloßzulegen. Nach ihm besteht der Fundamentalirrtum in der vom Faschismus erstrebten Staatsstruktur in der unsachlichen Verwendung der drei Begriffe: Diktatur, Staat und Revolution. Eine Diktatur könne nur bei kurzer Dauer von Nutzen sein, sonst verfiele sie unvermeidlich der Entartung. Bezüglich des Wesens des Staates lehnte der Senator es ab, daß der Staat auch über den Rechtsbereich der Einzelperson Schiedsrichter und Herrscher ist. Revolution ist nach ihm wesentlich ein innerer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umbildungsvorgang, nicht aber eine Aufhebung alter bewährter Einrichtungen. Somit sieht Ciccotti in der faschistischen Revolution nur einen aufgeklärten Despotismus, eine feudale Folie, die jede persönliche Freiheit ersticke. Verwandte Töne schlug Senator Ruffini an, indem er sich wie Giolitti vor ihm auf den grundlegenden Artikel 39 der Verfassung, der ein politisches Vertretungssystem aus freien Wahlen vorsieht, berief. Die politische Aktivität des gesamten Volkes unter repräsentativer monarchischer Regierung dünkte ihm als ein unantastbares Volksrecht und als eine der Errungenschaften des Risorgimento, die anzutasten nicht nur gegen die eigene politische Ueberzeugung, sondern auch gegen die Liebe zum Vaterlande verstoße. Senator Albertini bekämpfte in seiner Ansprache außer der Umkehrung der Verfassungsbestimmungen vor allem den plebiszitären Charakter der Zusammensetzung der zweiten Kammer, die infolge der Nominierung der Abgeordneten durch den faschistischen Großrat nur mehr die Larve einer Kammer bilde.

Vom verfassungspolitischen Standpunkt aus mögen viele Einwände der liberalen Senatoren sicherlich zu Recht bestehen, und der außenstehende Beobachter muß in der Tat bedenklich gestimmt werden, wenn der an sich vortreffliche Gedanke, den Berufsständen ohne Ausnahme Einfluß und Mitwirkung im Staatsleben zu gewährleisten, durch die vorherige Probe auf parteipolitische Verläßlichkeit eine so tiefgehende Veränderung erleidet. Der den Nationalkatholiken nahestehende **Senator Crispolti** huldigte daher einem reichlichen Optimismus, wenn er einerseits es schweigend hinnahm, daß der Gegensatz politischer Meinungen in der neuen zweiten Kammer wohl kaum mehr zum Austrag kommen kann, — es gibt ja außer dem Faschismus keine politischen Parteien mehr — andererseits die Bezeichnung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern für die Kandidatenliste als Frucht vom Baume des großen christlich-sozialen Lehrers Giuseppe Toniolo feierte. Der „Osservatore Romano" verweigerte daher sowohl in seinem oben erwähnten Artikel vom 17. Mai wie in einem Gedenken an den 10. Todestag Toniolos am 15. Mai dieser Erbschaft die Anerkennung der geistigen Legitimität.

Dennoch ist das Bestreben Crispoltis, wenigstens gewisse Fortschritte der faschistischen Körperschafts- und Syndikatsgesetzgebung gegenüber dem schrankenlosen Kräftespiel des ökonomischen Liberalismus anzuerkennen, nicht tadelnswert. Wir sind weit entfernt, dem volkswirtschaftlichen Liberalismus in Italien eine Träne nachzuweinen, und auch der politische Liberalismus von Giolitti und Salandra hatte durch mancherlei Lässigkeiten in Dingen, in denen Lässigkeit schwere Unterlassungssünde ist, sein Schuldkonto. Daß beim Liberalismus früher auch einzelne charakterlich sehr vornehme und religiös gesinnte Männer wie Ministerpräsident Orlando standen, hatte seinen Grund wohl wesentlich darin, daß bis zur Bildung der Popolaripartei keine katholische Volkspartei bestand. Aber es ist dem Liberalismus nicht abzusprechen, daß er das politische Kräftespiel trotz allen Protektionsklüngels doch nicht allzusehr einengte. Daher konnte Ciccotti mit dem Paradox aufwarten, daß wahrscheinlich nach dem neuen Wahlsystem Weder Cavour noch Sella noch selbst Mussolini jemals einen Abgeordnetensitz erlangt haben würde!

Dieser Einwurf macht natürlich bei den konsequenten Anhängern des Faschismus keinen Eindruck, weil die faschistische Vorstellung von der Politik in dem freien Spiel der Kräfte gerade die lähmende Zersplitterung sieht und umgekehrt von einem genialen Höhepunkt aus in der Person Mussolinis wie durch ein feines Netz von Drähten stets die Gesamtrichtung des politischen Kurses bestimmen will; Mussolini ist eine Art politischer Generalstabschef des italienischen Volkes, woraus sich eine größere außenpolitische Aktivität gegenüber dem früheren durch tausend Interessenverflechtungen und Gegensätze schwerfälligen Liberalismus ergibt. Aber es bleibt die bange geschichtliche Zukunftsfrage, die leicht gerade ein willensstarker und genialer Staatsmann übersieht, ob die Direktiven von einem Punkte aus stets das richtige Fernziel erkennen, und

Die heutige Nummer enthält die Beilage „Unterhaltung und Wissen".